

HOLOCAUST-VERGLEICH

Kopftuchstreit verkehrt

Zu den Äußerungen der durch den Rechtsstreit um ein Kopftuchverbot an der Schule bekannt gewordenen Fereshta Ludin, sie werde „diskriminiert und ausgegrenzt“ und sie fühle sich „wie kurz vor dem Holocaust“, erklären der innenpolitische Sprecher, Hartmut Koschyk MdB, und der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Innenausschuss, Thomas Strobl MdB: „Die Aussagen von Frau Ludin,

können nicht einfach so hingenommen werden. So wie Frau Ludin den Holocaust nicht nur verharmlost, sondern verniedlicht, muss sie sich die Frage gefallen lassen, ob sie selbst nicht das antisemitische Weltbild radikaler Islamisten teilt. Die Relativierung des Mordes an Millionen von Juden, die Frau Ludin absichtlich oder fahrlässig vorgenommen hat, ist jedoch klar antisemitisch.“ Für die CDU-Politiker sind diese Äu-

ßerungen auch eine unerträgliche Beleidigung für das von ihr gewählte Heimatland Deutschland und für den demokratischen Rechtsstaat. Die Entscheidung der Landesregierung Baden-Württembergs, die militante Kopftuchträgerin nicht in den öffentlichen Schuldienst zu übernehmen, so die CDU-Abgeordneten, erweise sich damit als mehr als richtig. Die schulpflichtigen Kinder nicht nur in Baden-Württemberg, sondern

in ganz Deutschland, müssten vor solch radikalem Gedankengut und vor einem derart verblendeten Geschichtsbild geschützt werden. Die Äußerungen seien aber auch ein Beleg dafür, dass das Kopftuch, das Frau Ludin um jeden Preis auch im Unterricht tragen möchte, mehr als nur ein religiöses Symbol sei. Es sei ein politisches Symbol, das ganz wesentlich die Unterdrückung der Frau unter religiösem Vorwand beinhalte.

Finanzminister Eichel beschädigt unser Geld

lungen für Deutschland und Frankreich treffen den Stabilitätspakt in seinen Grundfesten und werden andere Staaten dazu verleiten, sich ebenfalls unseriös zu verhalten; damit ist die Stabilität unserer Währung in Gefahr.“

Auf der Sitzung der Eurogruppe wurde beschlossen, die Defizitverfahren gegen Deutschland und Frank-

reich zunächst nicht fortzuführen. Darüber hinaus kann sich Deutschland beim Defizitabbau bis 2005 Zeit lassen. Finanzminister Eichel bezeichnete diese Vereinbarung als eine „realistische

Basis“ und das gesamte Ergebnis des Treffens als „vernünftigen Kompromiss“, wohingegen der EU-Währungskommissar Pedro Solbes das Vereinbarte für untragbar hält. Eichel ist der An-

Haushaltskonsolidierung mit der Konjunktur, was wirtschaftswissenschaftlich bedenklich ist. Während der französische Amtskollege der Kommission weitestgehend entgegen gekommen war,



Ingo Schmitt vor dem Parlamentsgebäude in Strassburg

Nach dem Treffen der Finanzminister der Eurogruppe in Brüssel, äußerte sich der Berliner Europaabgeordnete Ingo Schmitt (CDU) entsetzt über das Ergebnis: „Die Ausnahmerege-

sicht, dass die Erfüllung der vorgegebenen Kriterien nicht im Sinne eines Konjunkturanspruchs seien und sprach sich bereits im Vorhinein gegen Sanktionsmaßnahmen für Deutschland aus. Dabei verknüpft Eichel die

stellte sich Eichel stur und kündigte an, lieber seinen eigenen Weg gehen zu wollen.

„Damit sind meine Befürchtungen eingetreten, dass für Deutschland - welches selbst die Spielregeln aufgestellt hatte - nun

Gewinner



Angela Merkel

CDU und Medien sind sich wie selten einmal einig. Angela Merkel ist die große Gewinnerin des Bundesparteitag. Die CDU und sie stehen so eng zusammen wie nie zuvor. Inhaltlich steht seit Leipzig ein geschlossenes politisches Konzept gegen die geschlossen konzeptlose Regierung. (dr)

Verlierer



Ausschnitt SPD Wahlplakat 2002

Gerhard Schröder

„Ich mach Euch fertig“, hat er Teilen seiner Partei gedroht. Rücktrittsdrohung 'mal anders. Die Partei folgt ihm kaum noch. Wohin auch. Inhaltlich, z.B. bei der Rente, geht's zurück zu den CDU-Gesetzen von vor sechs Jahren. Die Parole heißt jetzt: „Rückwärtsgang rein und dann „Vorwärts Genossen.“ (dr)

diese nicht mehr gelten. Damit ist für Ausnahmen anderer Mitgliedstaaten Tür und Tor geöffnet und der Stabilitätspakt letztlich nichts mehr wert“, empört sich der Europapolitiker Schmitt.

So verletzt Rot-Grün den EU-Stabilitätsvertrag



Schröders Kampagnen

+++20 Prozent plus bei Werbung+++

Die Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung steigen seit Jahren kontinuierlich an. 85 Mio. € wurden alleine 2002 für Werbung ausgegeben, im Bundeshaushalt 2003 sind für diesen Zweck schon über 88 Mio. € veranschlagt und im Haushalt 2004 soll die Regierungs-PR sogar weit über 97 Mio. € kosten. Alleine bei den Ministerien und dem Bundespresseamt (BPA) sollen die

Werbe-Ausgaben 2004 um mehr als 20 % ansteigen. Und das alles parallel zu schmerzlichen Einschnitten im Sozialbereich, einem Anstieg der Neuverschuldung auf Rekordniveau und dem kontinuierlichen Verstoß gegen die Maastricht-Kriterien. In den Jahren 2002 und 2003 hat es gleich mehrfach Rügen vom Bundesrechnungshof, Bundeskartellamt, sowie kritische Auseinandersetzungen im Haushalts- und

Rechnungsprüfungsausschuss gegeben. Zusätzlich zu den offiziell als „Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit“ deklarierten Mitteln wendet die Bundesregierung noch Gelder für Kampagnen auf, die sie in zahlreichen Titeln des Bundeshaushaltes versteckt. Dabei verzichtet sie weitgehend auf Bürgerservice und Bürgerinformation. Stattdessen setzt sie einseitig auf stimmungs- und anschlussfördernde Maßnahmen.

S-Bahn und Senat:

Keine Einigung bis zur Einigung

Was schon beim CDU Forum Verkehr am 26.11. klar wurde, ist jetzt auch von den Verhandlungspartnern verkündet worden: Die S-Bahn GmbH und der Senat haben sich geeinigt, dass sie sich nicht einig sind – und den Rest vor Gericht klären lassen. Grund des Streits: Der Senat behauptet, dass die Deutsche Bahn AG, der die Schienenwege der S-Bahn gehören, ein weit übersteuertes Nutzungsentgelt

hierfür verlangt. Da die Bahn dies verneint, wird es nun zu einem Rechtsstreit kommen. Positives Ergebnis für die Berliner: die S-Bahn fährt für die nächsten 15 Jahre weiter – auch wenn es zu deutlichen Personaleinsparungen kommen wird. Dazu gehört leider auch der teilweise Abzug von Bahnhofspersonal, was nach Ansicht der CDU zu Sicherheitsproblemen führen kann. (fm)